

Sitzungsvorlage DS 2017/140

Stadtkämmerei
Helmut Nau
(Stand: **02.05.2017**)

Mitwirkung:
Amt für Soziales und Familie
Rechnungsprüfungsamt

Aktenzeichen: 913.6

Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss

öffentlich am 15.05.2017

Gemeinderat

öffentlich am 22.05.2017

Bericht zum vorläufigen Jahresabschluss 2016 der Stadt

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat stimmt dem vorläufigen Budget- und Jahresabschluss 2016 zu. Über den endgültigen Abschluss beschließt er abschließend mit der Feststellung der Jahresrechnung.
2. Die FAG-relevanten Verbesserungen 2016 führen 2018 zu Mehrumlagen und Mindereinnahmen. Über eine zweckgebundene Zuführung 2016 zur allgemeinen Rücklage ist sicherzustellen, dass entsprechende "Ausgleichsmittel" im Finanzplan 2018 zur Verfügung stehen (Nachtragsplan 2017).
3. Die Auszahlung des städtischen Zuschusses an den Eigenbetrieb Stadtwerke zum Bau des Fahrradparkhauses am Bahnhof (300.000 €) und die Endabrechnung des ZOB in Ravensburg mit dem GMS erfolgen 2017. Beide Zahlungen werden über die zweckgebundene Stellplatzrücklage finanziert.
4. Der bislang im kameralen Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge (ShV) getrennt gebuchte Geldnachlass "Elisabeth Oppold" wird bestandserhöhend in die allgemeine Rücklage umgebucht (Ziffer 7 Sachvortrag) – Vorgriff Umstellung NKHR.
5. Nach Rückgabe der WAUS-Kassengeschäfte an den Landkreis wird der bislang im kameralen ShV getrennt gebuchte Restbetrag bestandsmindernd über die allgemeine Rücklage ausgeglichen (Ziffer 7 Sachvortrag) – Vorgriff Umstellung NKHR.

Sachverhalt:

1. Haushalts- und Nachtragsplan 2016

Der Gemeinderat hat am 07.12.2015 den Haushalt 2016 verabschiedet und am 18.07.2016 einen Nachtrag aus folgenden Gründen beschlossen:

- Zeitverschiebung Erschließung und Vermarktung Baugebiet Brachwiese
- Umsetzung zusätzlicher Beschlüsse zu städtischen Investitionen
- beschlossene Stellenmehrungen und Anpassung Stellenplan
- Anpassung Finanzplan an den Abschluss 2015 (FAG-Wechselwirkungen)
- Mehreinnahmen Gewerbesteuer
- vorzeitiger Abbau Fehlbetrag "WGV-Zerlegung" bereits 2016

Eckpunkte des Nachtragsplans:

Verwaltungshaushalt (+ = Verbesserung, gerundet)

- | | |
|---|-----------------|
| • Saldo Gesamtverbesserung UA 1.9000 | + 4.150.000 |
| • Saldo sonstige Minderausgaben und Mehreinnahmen | <u>+ 50.000</u> |
| höhere Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt | + 4.200.000 |

Vermögenshaushalt (+ = Verbesserung, gerundet)

- | | |
|---|------------------|
| • höhere Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt | + 4.200.000 |
| • Kapitaleinlage Eigenbetrieb Stadtwerke (Liquidität) | - 1.350.000 |
| • Belastung Gremiumsbeschlüsse zu Investitionen (netto) | - 815.000 |
| • Zeitversatz Baugebiet Brachwiese (netto) | - 2.200.000 |
| • allgemeine Grundstücksbilanz (netto) | - 100.000 |
| • Saldo sonstige Minderausgaben und Mehreinnahmen | <u>+ 265.000</u> |
| Vermögenshaushalt damit ausgeglichen | +/- 0 |

- | | |
|---|-----------|
| • Kreditermächtigung unverändert | 7.000.000 |
| • Ausgleich restlicher Fehlbetrag (+) über die Rücklage (-) | 4.700.000 |

Finanzplanung bis 2019

- die FAG-relevanten Verbesserungen 2015/2016 erhöhen zweckgebunden die Rücklage zum Ausgleich der Mehrbelastungen 2017/2018
- Zeitversatz Baugebiet Brachwiese und veränderte Grundstücksbilanz

Das Regierungspräsidium hat die Gesetzmäßigkeit der Beschlüsse bestätigt und die notwendigen Genehmigungen dazu erteilt. In beiden Genehmigungserlassen hat die Aufsichtsbehörde eine klare Erwartungshaltung hinsichtlich der künftigen Netto-Investitionsraten, der Höhe der Verschuldung, dem Aufbau der allgemeinen Rücklage (Liquidität) sowie der Höhe des Investitionsprogramms formuliert. Dies gilt gleichermaßen für die kommenden Kämmereihaushalte wie für Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs Stadtwerke Ravensburg.

Über die voraussichtliche Entwicklung der städtischen Finanzen bis Jahresende 2016 wurde der Gemeinderat am **18.11.2016** in **Weißenu** im Rahmen der Informationsveranstaltung zum Haushalt 2017 informiert. Erläutert wurden die Erwartungen des Regierungspräsidiums zur Genehmigungsfähigkeit künftiger Haushaltspläne. Mitte November erschien eine **Gesamtverbesserung von 8.500.000 €** realistisch, davon anteilig 7.200.000 € im Verwaltungshaushalt. Aufgezeigt wurde, dass sich durch die FAG-relevanten Mehreinnahmen (Gewerbesteuer und Schlüsselzuweisungen) höhere Umlagen und geringere Schlüsselzuweisungen 2018 von 3.800.000 € ergeben, die in der bisherigen Finanzplanung noch **nicht** enthalten sind (dadurch negative Zuführungsrate). Über eine Rücklagenzuführung wäre sicherzustellen, dass entsprechende "Ausgleichsmittel" im Finanzplan 2018 tatsächlich zur Verfügung stehen.

Die danach verbleibende Verbesserung von voraussichtlich 4.700.000 € sollte zum **Verzicht** auf die geplante **Rücklagen-Entnahme** (Ausgleich restlicher WGV-Fehlbetrag) verwendet und damit der Rücklagenbestand entsprechend erhöht werden. Anbetracht des schleppenden Mittelabflusses bei Investitionen und Investitionszuschüssen (Resultat sehr hohes Haushaltsreste-Volumen) wurde erläutert, dass die zum Teil noch nicht abgerufene Kreditermächtigung 2016 im Folgejahr benötigt wird und ein Haushaltseinnahmerest zu bilden ist.

2. Eckdaten vorläufiger Abschluss (Stand 02.05.2017)

Die Abschlussarbeiten Anfang Mai erlauben vorläufige Aussagen zum Abschluss mit einer aktuellen Differenz von rund 120.000 €. Vor allem der Steuerabschluss ist noch nicht fertig (bisheriges Buchungsvolumen 217,5 Mio. €).

- **Verwaltungshaushalt** (gerundet)

Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt	21.000.000
entspricht Ergebnisverbesserung von	<u>9.650.000</u>
davon:	
○ Verbesserung UA 1.9000 (Steuern, FAG)	4.850.000
○ Verbesserungen Personalbereich insgesamt	390.000
○ sonstige Minderausgaben in den Budgets	2.310.000
○ sonstige Mehreinnahmen in den Budgets	2.100.000

- **Vermögenshaushalt** (gerundet)

○ Verbesserung Zuführungsrate	9.650.000
○ Minderausgaben (Hoch-/Tiefbau, Sanierung)	960.000
○ Verbesserung Grundstücksbilanz Epl. 8	190.000
○ allgemeine Verbesserungen saldiert	<u>100.000</u>
Ergebnisverbesserung insgesamt	10.900.000

- **Umsetzung Ergebnisverbesserung:**
 - Verzicht Entnahme Fehlbetragsausgleich (nötig für Ausgleich Einnahmen BG Brachwiese)/ Zeitversetzte Einnahme Verkauf Seestraße 32-36 4.700.000
 - Zuführung Rücklage für Ausgleich FAG 2018 4.300.000
 - Zuführung Restbetrag an Rücklage (für 2018ff) 1.900.000
- 10.900.000**
- **Verschuldung Kämmereihaushalt**
 - Stand 31.12.2015 27.310.000
 - Stand 31.12.2016 28.663.000
- Netto-Neuverschuldung 2016 1.353.000**
- **allgemeine Rücklage**
 - allgemeine Rücklage am 31.12.2015: 9.257.000
 - minus gesetzlicher Mindestbestand 2017 - 3.132.000
 - Zwischensumme 6.125.000
 - keine Entnahme 2016 (Ansatz 4.700.000 €) 0
 - Zuführung wegen Ergebnisverbesserung 6.200.000
 - Einbuchung Nachlass Elisabeth Oppold + 251.000
 - Abrechnung WAUS-Kassenreste (Kasse) - 180.000
 - allgemeine Rücklage am 31.12.2016 12.396.000
 - davon **zweckgebunden:**
 - FAG und Baugebiet Brachwiese (siehe Ziffer 7) 10.300.000
 - ohne Zweckbindung** (siehe Ziffer 7) **2.096.000**
- **Finanzthemen für Nachtrag 2017 und Finanzplanung 2018 ff.:**
 - Ausgleich der FAG-relevanten Mehreinnahmen 2016 in 2018
 - Verkaufserlöse aus bebauten und unbebauten Grundstücke

3. Verwaltungshaushalt

Die vorläufige **Zuführung** zum Vermögenshaushalt beträgt **21.000.000 €** dies entspricht einer Ergebnisverbesserung von **9.650.000 €**.

Das Nettoergebnis im Unterabschnitt **1.9000** (Steuern, Zuweisungen und Umlagen) beträgt 63.270.000 €: Der Gesamtansatz wird damit um **4.850.000 €** überschritten. Die anteiligen FAG-relevanten Verbesserungen belasten das Jahr 2018 in Form von Mindereinnahmen (Schlüsselzuweisungen) und Mehrausgaben (Umlagen an Land und Landkreis) mit zusammen 4.300.000 €. Diese sind im vom Gemeinderat am 12.12.2016 beschlossenen Haushalts- und Finanzplan 2017 ff. noch **nicht** enthalten und deshalb in den Nachtragsplan 2017 ff. entsprechend einzuarbeiten. In Weißenau wurde ein vorläufiger "Rückstellungsbetrag 2018" von 3.800.000 € genannt, der sich wegen den deutlich höheren Schlüsselzuweisungen 2016 noch einmal erhöht.

An **Gewerbsteuer** sind rund 48.200.000 € veranlagt, damit 4.200.000 € mehr als geplant. Gegenläufig waren knapp 1.000.000 € mehr an Gewerbesteuerumlage zu bezahlen (Nettoverbesserung damit rund 3.200.000 €).

Die anteiligen Einnahmen aus der **Einkommensteuer** waren auf der Basis des Haushaltserlasses 2017 des Landes mit 27.150.000 € veranschlagt. Eingenommen wurden 26.820.000 €, damit 330.000 € weniger als geplant. Diese Mindereinnahmen entsprechen der Prognose in Weißenau.

Auch die Einnahmeerwartungen aus dem **Finanzausgleich** wurden auf der Basis dieses Haushaltserlasses ermittelt. Wurde schon der Erlass sehr spät erst am 17.11.2016 veröffentlicht, gab es zahlenmäßig belegte Aussagen zu den Auswirkungen der November-Steuerschätzung auf die Kommunen noch später erst Ende November. Durch die deutliche Anhebung der Kopfbeträge mit dem 4. Abschlag 2016 ergaben sich unerwartet hohe Mehreinnahmen aus Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale von 1.630.000 € Ende 2016.

An Einnahmen aus der Vergnügungs-, Zweitwohnungs- und Hundesteuer waren insgesamt 1.100.000 € veranschlagt. Eingenommen wurden 1.245.000 €. Bei der **Vergnügungssteuer** resultieren aus deutlich höheren Umsatzzahlen Mehreinnahmen von 130.000 €, bei Steuereinnahmen von 1.050.000 €.

Für **Personalausgaben** waren insgesamt mit 26.116.000 € veranschlagt. Ausgegeben wurden 25.726.000 €, damit **390.000 €** weniger als geplant. Bereits in Weißenau wurden Minderausgaben von 300.000 € genannt. Über die Vermittlung von Rückkehrerinnen und von allen Auszubildenden auf freie Stellen konnte ein wesentlicher Beitrag zur Kosteneinsparung gegenüber dem Planansatz erzielt werden. Die teilweise Umsetzung der vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltskonsolidierung mit Auswirkungen im Personalbereich 2016, Minderausgaben weniger größerer Einzelfälle und eine teilweise länger anhaltende Vakanz freier Stellen aufgrund aktueller Marktgegebenheiten haben ebenfalls zu nennenswerten Einsparungen gegenüber den Ansätzen geführt. Die Personalkosten sind Teil der einzelnen Budgetabschlüsse.

Die restliche Ergebnisverbesserung von **2.410.000 €** verteilt sich auf die insgesamt 146 verschiedenen Budgets des Verwaltungshaushaltes.

4. Vorläufiger Budgetabschluss 2016 Verwaltungshaushalt

Bei 13 der 146 Budgets ergaben sich Budgetmehrbelastungen > 25.000 € (Mindereinnahmen und Mehrausgaben) mit insgesamt 975.000 €. Bei Abweichungen ab 25.001 € ist der VWA, ab 100.001 € der Gemeinderat zuständig.

UA	Budget	Abmangel (rund)	Begründung
1.0235	Versicherungen	27.000	gestiegene Versicherungsprämien
1.0320	Stadtkasse	47.000	anteilig 42.000 € weniger Säumniszuschläge (39.000 € weniger als 2015)
1.1101	Ordnungswesen	60.000	höhere Personalkosten wegen Stellenaufstockung Ausländerbehörde
1.2910	Schulsozialarbeit	64.000	39.000 € weniger Zuschüsse/Spenden, 30.000 € mehr Personalkosten
1.2990	Schulgebäude	238.000	höhere Unterhaltungskosten an den

	Kernstadt		Schulgebäuden der Kernstadt
1.2990	Schulgebäude Taldorf	31.000	Erneuerung Heizungsanlage und zweiter Rettungsweg Schule
1.3000	Kulturverwaltung	32.000	25.000 € höhere Personalkosten und Mindereinnahmen Marketing für Museumsviertel/Museumszeitung
1.3050	Kulturarbeit	32.000	u. a. Mehrausgaben bei Bodenseefestival, Veranstaltungen, Kunstnacht
1.3410	Rutenfest	45.000	30.000 € Mehrzuschuss an RFK, höhere Veranstaltungskosten Stadt
1.4990	Gebäude für soziale Zwecke	279.000	Erstattung Landkreis Robert-Bosch-Straße geht zeitversetzt 2017 ein
1.5800	Grünflächen	28.000	höhere Betriebshofleistungen (dafür weniger UA 1.6300 Straßenunterhalt)
1.7512	Hauptfriedhof	55.000	weniger Grabberechtigungsgebühren
1.8551	Wirtschaftswald	37.000	Mehrkosten im Holzeinschlag und höhere Personalkostenzuordnung (dafür Entlastung im Erholungswald)
	insgesamt	975.000	

Die Mehrbelastungen werden durch Minderausgaben in anderen Budgets aufgefangen (Verwaltungs-, Betriebs- und Bewirtschaftungskosten). Die höheren Unterhaltungskosten der Schulgebäude werden durch Minderausgaben in den Budgets der Gebäudewirtschaft ausgeglichen. In Abstimmung mit dem RPA werden bei der Budgetergebnisermittlung alle nicht kassenwirksame Vorgänge (neutrale kalkulatorische Kosten, inneren Verrechnungen) ausgeklammert.

5. Vermögenshaushalt

Bei den **Grundstücksgeschäften** im Einzelplan 8 (bebaut und unbebaut) war ein Einnahmeüberschuss von 1.700.000 € netto eingeplant. Das Ergebnis liegt bei knapp 1.890.000 €, damit 190.000 € besser als geplant.

Aus **Erschließungs- und Ablösebeiträgen** im UA 2.6301 wurden 800.000 € eingenommen, dies entspricht geringen Mindereinnahmen von 30.000 €.

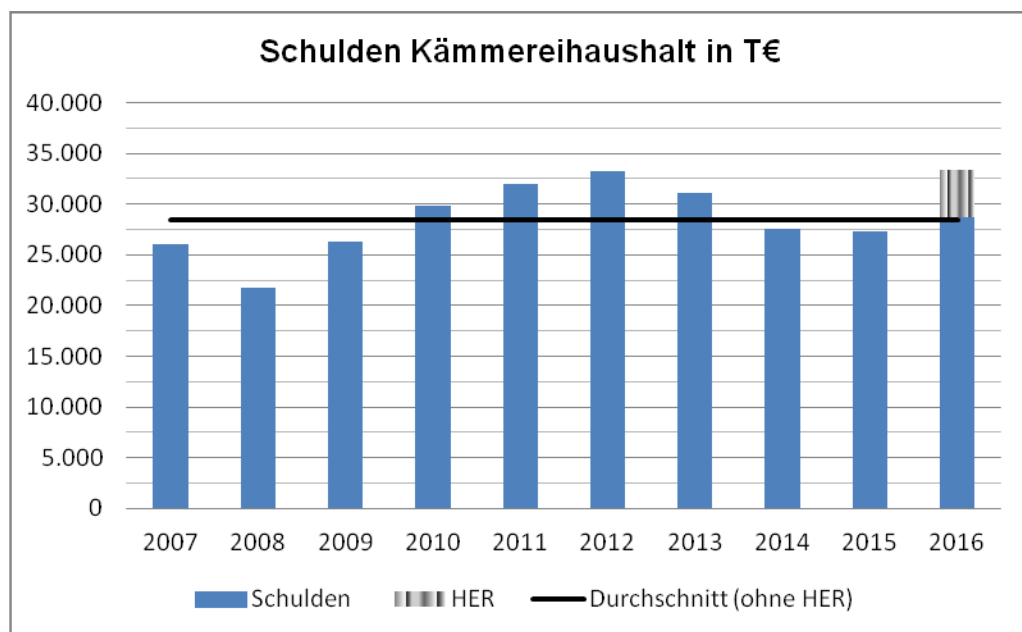
Für städtische Bauinvestitionen (**Hoch- und Tiefbau, Stadtsanierung**) sind zusammen rund **19.320.000 €** angefallen (davon anteilig rund 7.450.000 € übertragene Haushaltsreste). Damit wurden 2016 knapp 890.000 € weniger ausgegeben als geplant. Das Gesamtergebnis 2015 betrug 12.940.000 €.

Die anteiligen **Hochbauinvestitionen** summieren sich auf **13.710.000 €**, das sind rund 280.000 € mehr als geplant. Schwerpunkte sind vor allem Verwaltungsgebäude (4.235.000 €) mit Brandschutz (500.000 €), Schulgebäude (4.715.000 €), Kindergärten und Kindertageseinrichtungen (890.000 €), Maßnahmen Anschlussunterbringung Asyl (2.550.000 €) sowie der Neubau des Familientreffs Weststadt/"Momo`s Kinderwelt" (540.000 €).

Für die städtischen **Tiefbauinvestitionen** an Straßen, Gewässern und Spielplätzen wurden zusammen rund **3.120.000 €** aufgewendet, das sind knapp 170.000 € weniger als geplant. Schwerpunkte sind allgemeiner und beitragspflichtiger Straßenbau (1.660.000 €), Maßnahmen Anschlussunterbringung Asyl (350.000 €), Sportanlagen und Spielplätze (445.000 €) sowie der Hochwasserschutz an Gewässern (125.000 €).

Das Bauvolumen in allen städtischen **Sanierungsgebieten** summiert sich auf **2.420.000 €**, damit rund 1.000.000 € weniger als geplant. Auf diese zeitversetzten Maßnahmen entfallen anteilige Bundes- und Landeszuschüsse von 600.000 €, die in den kommenden Jahren mit Realisierung der Maßnahmen abgerufen werden. Der städtische Eigenfinanzierungsanteil liegt insgesamt bei rund 610.000 €. Je 100.000 € Eigenanteil der Stadt wird damit ein Investitionsvolumen von 400.000 € ausgelöst. Die Minderausgaben resultieren vor allem aus zeitversetzten Bau-, Modernisierungs- und Grunderwerbsvorhaben.

6. Kredite Kämmereihaushalt



Ende 2016 betragen die Schulden im Kämmereihaushalt **28.663.000 €**, damit 1.353.000 € mehr als zu Jahresbeginn. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt 572 € (bei vorläufig 50.113 Einwohnern am 30.06.2016). Der **Durchschnittszins** sinkt von 2,37 % im Vorjahr auf **2,11 %**. Die durchschnittlichen Schulden im Kämmereihaushalt der letzten 10 Jahre betragen rund 28.400.000 €.

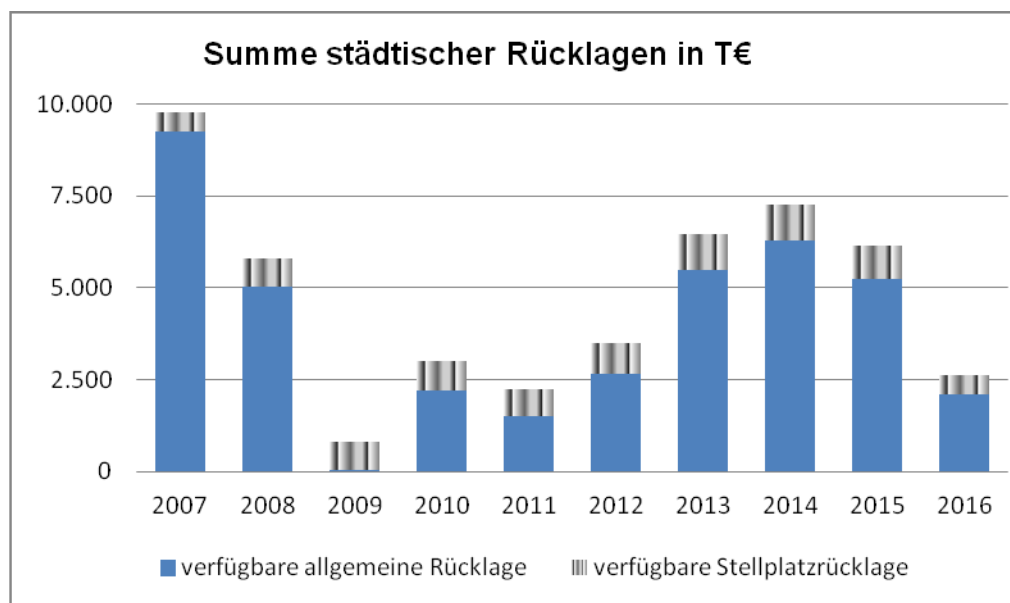
Im Haushaltsjahr wurden 1.347.000 € getilgt. Neu aufgenommen wurden 2.700.000 € (Zinssatz 0 %) für die Anschlussunterbringung Florianstraße, Schmalegg und Bavendorf (Gemeinderat 18.04.2016).

Die verbleibenden Kreditermächtigungen 2016 von 4.692.500 € soll durch Beschluss des Gemeinderates als Haushaltsrest nach 2017 vorgetragen werden zur zeitversetzten Mitfinanzierung der Maßnahmen "Sanierung Gymnasien", "Anschlussunterbringung", "Brandschutz" und "Verwaltungsstandorte". Der Betrag wird erst mit Geldeingang im Folgejahr beim Schuldenstand berücksichtigt.

7. Allgemeine Rücklage

Im Nachtrag 2016 war geplant, der Rücklage zum Ausgleich des restlichen Fehlbetrags im Vermögenshaushalt **4.700.000 €** zu entnehmen. Verfügbar wären dann Ende 2016 rund 425.000 €. Durch die deutlichen Verbesserungen im Verwaltungshaushalt gelingt der Ausgleich ohne Rücklagenentnahme. Zusätzlich können der Rücklage aus der Gesamtverbesserung von Verwaltungs- und Vermögenshaushalt weitere **6.200.000 €** zugeführt werden. Der Stand der Rücklage ist damit **10.900.000 €** höher als ursprünglich geplant.

Wichtig ist aber, dass die anteiligen FAG-wirksamen Verbesserungen 2016 im UA 1.9000 zu Mindereinnahmen und Mehrausgaben 2018 von **4.300.000 €** führen, die noch **nicht** in der vom Gemeinderat am 12.12.2016 beschlossenen Finanzplanung 2018 ff. enthalten und deshalb zusätzlich zu finanzieren sind. Weiter ist nach dem aktuellen Verfahrensstand davon auszugehen, dass die 2017 und 2018 mit insgesamt **5.000.000 €** unterstellten Verkaufserlöse aus dem Baugebiet Brachwiese kurzfristig nicht kassenwirksam werden. Diese Mindereinnahmen können bis zum Grundstücksverkauf nur über eine entsprechende Rücklagenentnahme kompensiert werden. Über die Verwendung der Rücklage entscheidet der Gemeinderat mit der Nachtragsplanung 2017 bzw. im Rahmen der Haushalts- und Finanzplanung 2018 ff. (insbesondere dann in Kenntnis der aktuellen Steuereinnahmen der Stadt, der Mai-Steuerschätzung 2017 und den FAG-Ausgleichsmechanismen 2019 und 2021).



Der Stand der Rücklage am 31.12.2016 erhöht sich gegenüber der Planung zunächst deutlich um 10.900.000 € auf **15.457.000 €**. Davon sind gebunden bzw. abzuziehen **3.132.000 €** an gesetzlichem Mindestbestand 2017 für die Liquidität der Stadtkasse), **4.300.000 €** zum Ausgleich der negativen FAG-Auswirkungen 2018, weitere **1.000.000 €** für den veranschlagten Teilausgleich 2019 der hohen Kreis- und FAG-Umlage sowie weitere **5.000.000 €** als Ersatzdeckungsmittel für die vorläufigen Einnahmeausfälle aus dem Baugebiet Brachwiese. Die Fortschreibung in der Haushalts- und Finanzplanung 2017 bis 2020 berücksichtigt steht damit noch **2.025.000 €** zur Verfügung. Unter Einrechnung der Auswirkungen "Nachlass Oppold" und "WAUS" beläuft sich die verfügbare allgemeine Rücklage am **31.12.2016** auf vorläufig **2.096.000 €** (Möglichkeiten: Aufbau Rücklage, Reduzierung Kredite, Investitionen).

Im Zusammenhang mit der NKHR-Einführung zum 01.01.2019 muss bis 2018 das Sachbuch für haushaltsfremde Vorgänge (**ShV**) weitest gehend abgelöst und Zug um Zug gegen den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt bzw. direkt über die allgemeine Rücklage ausgeglichen werden. Zwei größere Themenkomplexe sollen im Zuge des Abschlusses 2016 "bereinigt" werden.

Frau Elisabeth **Oppold** ist 2009 verstorben. Sie hat die Stadt als Alleinerbin eingesetzt und mit Geld- und Liegenschaftsvermögen bedacht (keine Stiftung) (Gemeinderat 30.11.2009 und 17.05.2010). Nach Abwicklung der auferlegten Vermächtnisse und Bindungen sind am 31.12.2016 noch rund 251.000 € an Geldnachlass getrennt vom übrigen städtischen Geldvermögen im ShV gebucht. Im Jahr 2015 hat die Stadt durch die Überlassung des Erbgebäudes Kuppelnaustraße 6 an die Stiftung Bruderhaus Ravensburg im Erbbaurecht (Gemeinderat 13.07.2015) über den Nachlass von Frau Oppold die Errichtung einer Seniorenwohngemeinschaft ermöglicht. Wegen der NKHR-Einführung soll mit dem Abschluss 2016 der restliche Geldnachlass bestandserhöhend in die allgemeine Rücklage übergeleitet werden. Vorrangig dient er künftigen Unterhaltungs-/Investitionsmaßnahmen am Erbgebäude Kuppelnaustraße 6/1. Spätestens mit Umstieg auf das NKHR muss dieser Schritt getan sein. Der Testamentsvollstrecker hat sich mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt.

Auch die Thematik **WAUS** (wiederkehrende Ausgaben Sozialhilfe) sollte im ShV mit dem Abschluss 2016 bereinigt werden. Die Kassengeschäfte für die Sozialhilfe wurden 1992 vom Landkreis auf die Stadt übernommen (nur im SHV gebucht) und zum 01.01.2014 wieder an den Landkreis zurück gegeben. Das Amt für Soziales und Familie hat bestätigt, dass mit dem Landkreis auf der Basis der Ist-Zahlen abgerechnet wurde und keine Forderungen mehr an den Kreis bestehen. Das Abschlussgespräch fand unter Beteiligung von RPA und StK erst am 01.12.2016 statt. Die abschließende **Soll-Korrektur (keine Geldbewegung)** und die Bereinigung im ShV sollte mit dem Jahresabschluss 2016 im Gesamtbetrag von 176.608 € für den Gesamtzeitraum 1992 bis 2013 erfolgen. Der Stand der allgemeinen Rücklage reduziert sich damit entsprechend. Das Rechnungsprüfungsamt ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

8. zweckgebundene Stellplatzrücklage

In dieser Rücklage sind Ende 2015 knapp 924.000 € vorgehalten. In 2016 wurden 55.000 € zugeführt. Zur Endabrechnung des ZOB Ravensburg mit dem GMS wird 2017 maximal **66.000 €** benötigt. Der vom Gemeinderat am 07.12.2015 beschlossene Zuschuss von **300.000 €** an den Eigenbetrieb Stadtwerke zum Bau eines Fahrradparkhauses am Bahnhof wird mit Fertigstellung 2017 ausbezahlt. Die Abdeckung der außerplanmäßigen Ausgabe an den Eigenbetrieb erfolgt 2017 durch Entnahme aus der Stellplatzrücklage. Der AUT hat am 16.11.2016 die Reparatur/Umrüstung des Verkehrsrechners samt Geräteschnittstellen im Zeitraum 2016/2018 beschlossen. Auch diese Maßnahme kann über die Rücklage finanziert werden. Der Kostenanteil 2016 von 90.000 € wird mit dem Abschluss 2016 ausgeglichen. Ende 2016 beträgt die Rücklage knapp 889.000 €. Nach Abzug genannter Zweckbindungen von **366.000 €** stehen noch 523.000 € zur Verfügung. Davon sind 110.000 € für die Kosten 2017 des Verkehrsrechners gebunden. Dies eingerechnet sind in der **Stellplatzrücklage** noch **413.000 €** verfügbar.